



Neues aus Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

bisweilen gibt es Termine, die im wahrsten Sinne des Wortes in die Zeit passen. So etwa vor wenigen Tagen, als ich auf Einladung des Bischöflichen Hilfswerks Adveniat in Berlin ein Gespräch mit Mauricio López Oropeza aus Ecuador hatte. Lopez ist Generalsekretär des kirchlichen Netzwerks „Resпам“, das für den Erhalt der Regenwälder im Amazonas-Gebiet eintritt.

Was hat das mit uns zu tun? Jeder fünfte Schluck Wasser, den wir trinken, kommt aus Amazonien - bedingt durch die Funktion der Regenwälder, rechnete Lopez uns vor. Es geht also nicht nur um den Schutz der dort lebenden Bevölkerung, sondern durchaus auch um unsere eigene Zukunft. Quintessenz eines interessanten Gesprächs mit einem beeindruckenden Mann.

Das Kolpingwerk Deutschland ist daher mit Adveniat eine Kooperation eingegangen. Wir verfolgen ein doppeltes Ziel: einerseits Unterstützung der Kolpingsfamilien in Lateinamerika in ihrem Bemühen für den Schutz

der Regenwälder, andererseits Sensibilisierung unserer Landsleute, nicht nur innerhalb des Verbandes, für diese Sache.

Ein Thema, das übrigens einen sehr aktuellen Bezug hat: wir werden die Herausforderung durch weltweite Migration nicht in Europa oder in Deutschland allein bewältigen können. Wir können aber in unseren ja durchaus wohlhabenden Ländern etwas für die Menschen in Lateinamerika und in Afrika tun. Der kleine Betrag, der uns vermutlich nicht wehtut, leistet andernorts einen großen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände.

Da der Geburt in Bethlehem bekanntlich eine Flucht folgt (nämlich jene der heiligen Familie nach Ägypten), lege ich Ihnen diesen Gedanken mit allen guten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start nach 2017 besonders ans Herz.

Ihr

Thomas Dörflinger, MdB

Knapp 600 Millionen Euro für deutsche Landwirte

Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitere Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft beschlossen. Viele Landwirte leiden unter den Preiseinbrüchen für Milch, Fleisch, Obst und Getreide. EU-Kommission, Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben daher ein Hilfspaket geschnürt, aus dem deutschen Bauern bis Ende 2017 eine Gesamtsumme von 581 Millionen Euro zugutekommt. Schon 2015 standen Deutschland dafür 70 Millionen Euro an EU-Geldern zur Verfügung. Die Mittel aus dem zweiten EU-Hilfspaket verdoppelt die Bundesregierung sogar auf 116 Millionen Euro. Um zusätzlich Geld auf die Höfe zu bringen, hatte sich die Unionsfraktion zuletzt für weitere Zuschüsse bei der Unfallversicherung der Landwirte über 2016 hinaus eingesetzt. Mit Erfolg: Im Landwirtschaftsetat des Bundeshaushalts 2017 sind dafür erneut 178 Millionen Euro veranschlagt. Zudem wird die von der Union geforderte Tarifglättung bei der Einkommensteuer umgesetzt.

Bundestag stärkt erneut die Pflege

Der Deutsche Bundestag hat am 1. Dezember 2016 das Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG III) beschlossen. Bereits mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz wurden die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet. Mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz wurde ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt, wodurch deutlich mehr Menschen einen Leistungsanspruch gegenüber der Pflegeversicherung erhalten als bisher. Mit dem Dritten Pflegestärkungsgesetz werden nun die Gestaltungsspielräume der Länder und Kommunen in den Bereichen Sicherstellung der Versorgung, Beratung sowie Betreuungs- und Entlastungsleistungen der Pflegeversicherung erweitert. Darüber hinaus können die Länder Modellprojekte mit einer Laufzeit von fünf Jahren einführen, in denen kommunale Stellen die umfassende Beratung übernehmen. Insgesamt stehen mit den Pflegestärkungsgesetzen ab 2017 jährlich fünf Milliarden Euro zusätzlich für die Pflege zur Verfügung.



Neues aus Berlin

Bahnlärm: Abgeordnete drängen auf Umrüstung

„Das wird auch die Lärmbelastung an der alten Trasse in Gundelfingen senken“, mit diesen Worten kommentiert Thomas Dörflinger die Ankündigung der Deutsche Bahn AG (DB) und des Verbandes der Güterwagenhalter in Deutschland (VPI), den Bahnlärm bis 2020 halbieren zu wollen. Der Abgeordnete gehört im Deutschen Bundestag der parteiübergreifenden Parlamentsgruppe „Bahnlärm“ an, die sich vor knapp zwei Jahren mit dem Ziel gegründet hat, den Interessen lärmgeplagter Bahn- anwohner mehr Gehör zu verschaffen. „Die Deutsche Bahn und die privaten Wagenhalter haben uns in einem Gespräch Ende November aufgezeigt, dass sie die angestrebte 50-Prozent-Umrüstungsquote auf leise Güterwaggons bis Ende 2016 erfüllen werden“, so Dörflinger. DB und VPI hätten den Parlamentariern darüber hinaus versichert, bis Ende 2020 alle in ihrem Bestand befindlichen Güterwagen umzurüsten. Die Lärmschutzbeauftragte und Leiterin des Lärmmanagements der DB, Ines

Jahnel, informierte die Bundestagsabgeordneten in dem Gespräch, dass bis zum 31. Dezember 2016 mehr als 32.000 der insgesamt 64.000 aktiven Güterwagen der DB auf leise Bremssohlen umgerüstet sein sollen. Der Geschäftsführer des VPI, Jürgen Tuscher, ergänzte, dass bis Ende dieses Jahres 30.600 (51 Prozent) der in Deutschland verkehrenden privaten Güterwagen mit leisen Bremsen ausgestattet sein werden, davon circa 25.000 durch Neuanschaffung. „Damit kommen wir dem Ziel, keine lauten Güterzüge mehr auf dem deutschen Schienennetz verkehren zu lassen, einen weiteren Schritt näher“, erklärte Dörflinger mit Blick auf die vorgestellten Zahlen. Er begrüße es, dass die Bundesregierung mit dem Lärminderungsgesetz derzeit eine entsprechende Rechtsgrundlage erarbeite. „Es zeigt sich, dass es uns mit der noch jungen Parlamentsgruppe ‚Bahnlärm‘ gelingt, die Interessen der bahnlärmgeplagten Regionen zu bündeln und dem Thema Lärmschutz Schritt für Schritt mehr Bedeutung einzuräumen“, resümierte Dörflinger.

Waldgesetz: Dienstleistungsangebot bleibt erhalten

Für viele Kleinwaldbesitzer ist diese Gesetzesänderung von großer Bedeutung: Der Bundestag hat sich am 14. Dezember 2016 mehrheitlich für eine Änderung des Bundeswaldgesetzes ausgesprochen. Ziel der Änderung ist, auch im öffentlichen Interesse liegende Forstdienstleistungen von der rein wirtschaftlichen Tätigkeit der Holzvermarktung abzugrenzen. Erforderlich wurde die gesetzliche Klarstellung, weil das Bundeskartellamt das vom Land Baden-Württemberg angewandte System der gebündelten Rundholzvermarktung untersagt hatte. „Uns CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg war es wichtig, dass in den bewährten Strukturen der Forstbewirtschaftung kein Kahlschlag betrieben wird. Die staatlichen Forstämter sorgen mit ihren fachkundigen Beratungs- und Betreuungsdienstleistungen dafür, dass auch Kleinwaldbesitzer Zugang zum Holzmarkt haben“, erklärte Thomas Dörflinger mit Blick auf die rund 230.000 Waldbesitzer in Baden-Württemberg. „Neben Kleinwaldbesitzern hatte sich auch der Kreistag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald mit einer eigenen Resolution für den Erhalt der bewährten Forst-

strukturen ausgesprochen“, erinnerte der Abgeordnete. Mit der Änderung des Waldgesetzes bekräftigt der Deutsche Bundestag, dass die Holzvermarktung dem Kartellrecht unterliegt. Gleichzeitig wird gesetzlich klargestellt, welche Forstdienstleistungen nicht zur Holzvermarktung im engeren Sinne zählen und damit vom Kartellrecht ausgenommen sind. Zu diesen Dienstleistungen gehören Waldbau, Auszeichnung, Ernte und Bereitstellung des Rohholzes einschließlich seiner Registrierung. Der Abgeordnete betonte, dass die Inanspruchnahme staatlicher Forstdienstleister nicht zwingend sei. Die Wahlfreiheit der Waldbesitzer, Forstarbeiten selbst vorzunehmen, sich in Forstbetriebsgemeinschaften zusammenzuschließen oder private Anbieter zu beauftragen, werde durch die Gesetzesänderung in keiner Weise beeinträchtigt. „Wichtig war uns auch, dass die staatlichen Forstämter ihre Dienstleistungen zu kostendeckenden Entgelten erbringen müssen, damit private Anbieter nicht benachteiligt werden“, so Dörflinger weiter. „Ein breites Angebot an privaten und staatlichen Forstdienstleistungen sorgt dafür, dass unsere Wälder weiterhin nachhaltig und flächendeckend bewirtschaftet werden.“



WEITBLICK 12/2016

Der Infobrief Ihres
Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger

CDU



Ausgezeichnete Ausbildung

Alljährlich auf Deutschlands beste Ausbildungsinitiativen aufmerksam machen. Das ist Ziel des bundesweiten Wettbewerbs „Ausbildungs-Ass“. Zu den diesjährigen Preisträgern, die am 12. Dezember in einer Feierstunde im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ausgezeichnet wurden, gehört auch die von den Bonndorfer Betrieben Dunkermotoren GmbH und Hectronic GmbH gemeinsam ins Leben gerufene Ausbildungskooperation „HeDu“. Aus diesem erfreulichen Anlass waren die Geschäftsführer der beiden Firmen, Stefan Forster (rechts) und Markus Roth (links), an der Spitze einer mehrköpfigen Delegation aus Ausbildern und Auszubildenden nach Berlin gereist. Die Geschäftsführer der weltweit tätigen Unternehmen nutzten den Besuch in der Hauptstadt, um mit Thomas Dörflinger über die Besonderheiten der Wirtschaftsregion Hochrhein-Bodensee ins Gespräch zu kommen. Schwerpunkt des Gesprächs, das vor der Preisverleihung stattfand, war denn auch die Suche nach und Ausbildung von Fachkräften in der vergleichsweise ländlich geprägten Grenzregion zur Schweiz. Dörflinger berichtete über seine diesbezüglichen Erfahrungen und Anstrengungen. Der Abgeordnete hatte die Bonndorfer Unternehmen zur letztlich erfolgreichen Bewerbung am bundesweiten Wettbewerb ermutigt. „Die Auszeichnung für die Ausbildungskooperation zwischen Dunkermotoren und Hectronic zeigt, dass wir auch im ländlichen Raum in der Lage sind, attraktive und konkurrenzfähige Ausbildungswege auf die Beine zu stellen“, so Dörflinger.



Parteitag in Essen

Gemeinsam mit seiner Kollegin Gabriele Schmidt und CDU-Kreisgeschäftsführer Michael Steinemann nahm Thomas Dörflinger am Bundesparteitag der CDU teil.



Sitzungswochen:

16.01. - 20.01.2017
23.01. - 27.01.2017

JOIN US ON
facebook
CLICK HERE

Impressum/Kontakt:

Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel.: 030 227-73495
Fax: 030 227-76507
eMail: thomas.doerflinger.ma02@bundestag.de
Bildrechte: HTG, Badische Zeitung